

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 57 (1978)
Heft: 6

Artikel: Volkspartei : oder was sonst?
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-347548>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 15.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Richard Lienhard

Volkspartei — oder was sonst?

Zum Parteitag der SPS in Basel

Die Geschichte der Sozialdemokratischen Partei ist auch immer die Geschichte ihrer Parteitage gewesen. Ob der Kongress von Basel als besonderer Markstein in die Geschichte der SPS eingehen wird, möchte ich eher bezweifeln. Zu sehr stand er zunächst unter dem Eindruck ausgesprochen pragmatischer Themen. Gewisse unglückliche Entscheide dürften dazu beitragen, dass dieser Kongress jedenfalls nicht als Höhepunkt in die Geschichte der SPS eingehen wird. Eigentlich war für 1978 ein Strukturreform-Parteitag vorgesehen. Leider hat sich die in der Mitgliedschaft verbreitete Hoffnung auf ein «Reformfest» zerschlagen. Dies ist zu bedauern; denn mit der Organisation unserer Partei ist es nicht zum besten bestellt. Die Parteireform erträgt keinen Aufschub mehr, soll die SPS in Zukunft organisatorisch befähigt sein, ihre Aufgabe unter veränderten gesellschaftlichen und politischen Arbeitsbedingungen optimal zu erfüllen. Auch die Revision des Parteiprogramms lässt sich nicht mehr auf die lange Bank schieben, sondern gehört möglichst bald auf die Traktandenliste eines Parteikongresses. Eine Partei, die Verbesserungen und Veränderungen der Gesellschaftsordnung einleiten will, darf nicht kritiklos bleiben gegenüber der eigenen Vergangenheit und gegenüber der eigenen Organisation. Darum gilt es, die Diskrepanz zwischen Parteiorganisation und gesellschaftlicher Entwicklung abzubauen.

Am Beispiel der Bankeninitiative

Die Bankeninitiative – Haupttraktandum des Parteikongresses – ist in der Mitgliedschaft nicht überall auf einhellige Zustimmung gestossen. Vor allem Vertreter des linken Flügels hielten mit ihrer grundsätzlichen Kritik nicht hinter dem Berg. Sie fand ihren Niederschlag in den bemerkenswerten «Profil»-Beiträgen von *Willy Kriescher* und *Andreas Gross* («Profil» 5/78). Im wesentlichen wurde von seiten dieser Kritiker geltend gemacht, einzelne gegen das kapitalistische Wirtschaftssystem gerichtete Vorstösse müssten ohne Erfolg bleiben, solange ein überzeugendes sozialistisches Wirtschaftsprogramm fehle. Ohne ein solch alternatives Gesamtkonzept sei es vermessen, gleich ins Herz der kapitalistischen Wirtschaftsordnung vorstossen zu wollen.

Willy Kriescher hat diesen Standpunkt am Parteitag in einem rhetorisch glänzenden Votum darzulegen vermocht. Als ursprünglicher Österreicher hat er den Vorteil, über Charme zu verfügen. Diesen Vorteil pflegt er gleich Günther Nenning skrupellos wahrzunehmen, wenn es gilt, rein marxistische Ansichten besser an die Zuhörer zu bringen. Gewiss haben seine Ausführungen vom Grundsätzlichen her gesehen viel für sich. Aber die Losung «Alles oder nichts» ist doch eher Ausdruck einer Politik, welche die Sozialdemokratische Partei immer noch als Klassenpartei begreift.

Nun hat sich aber die SPS im Verlaufe der letzten Jahrzehnte eindeutig von einer Klassenpartei zur Volkspartei entwickelt. Diese Entwicklung hat im geltenden Parteiprogramm ihren Niederschlag gefunden. Damit trat anstelle eines geschlossenen dogmatischen Theoriegebäudes weltanschauliche Offenheit. Das Parteiprogramm enthält damit eine Aussagekraft, die weit über den Kreis der Industriearbeiterschaft hinausgeht und damit eine Mehrheit des Volkes zu erfassen vermag. Es gehört denn auch zum Wesen einer Volkspartei, dass sie bewusst die Interessen einer überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung zu vertreten versucht.

Das will aber nicht heissen, dass die SPS damit zu einer Bewegung des Status quo geworden ist. Ihre Aufgabe wird es auch weiterhin sein, Schwächen der bestehenden Gesellschaft radikal aufzuzeigen und ein neues Problembewusstsein zu schaffen. Nach verschiedenen Bankskandalen und insbesondere nach dem SKA-Chiasso-Skandal hatte die SPS Anlass genug, sich eingehender mit den Zusammenhängen und Hintergründen dieser Affäre zu befassen und zu prüfen, auf welche Weise hier und jetzt Remedur zu schaffen ist.

Gewiss lässt sich der Initiative entgegenhalten, sie habe keine Aussicht, in einer Volksabstimmung angenommen zu werden. Es ist leider eine Erfahrungstatsache, dass der Durchschnittsbürger in seinem persönlichen Bereich sich noch immer mehr von egoistischen als von gemeinwirtschaftlichen Überlegungen leiten lässt. Auch unter den Unselbständigerwerbenden gibt es nicht wenige, die allzu gerne ihre Nebenverdienste dem Fiskus verheimlichen und so, wenn auch in bescheidenem Masse, Nutzniesser des Bankgeheimnisses werden. Die pessimistische Aussicht, dass die Bankeninitiative die Hürde der Volksabstimmung nicht nehmen wird, ist daher durchaus begründet. Aber ist dies ein Kriterium, diese Initiative im voraus abzulehnen? Hier gilt, was einmal *Kolakowski* zutreffend formuliert hat: «Die Erfahrung lehrt, dass Ziele, die sich jetzt nicht verwirklichen lassen, niemals verwirklicht werden können, wenn sie nicht zu jenem Zeitpunkt verkündet werden, an dem sie sich nicht verwirklichen lassen; mit anderen Worten, dass das, was jetzt unmöglich ist, nur dann überhaupt möglich werden kann, wenn es zu einer Zeit verkündet wird, da es noch als unmöglich gilt.¹»

¹ Leszek Kolakowski: «Der Mensch ohne Alternative — Von der Möglichkeit und Unmöglichkeit, Marxist zu sein». Piper Verlag.

Volkspartei heisst Reformpartei

Mögen einzelne Einwände gegen die Bankeninitiative seitens partei-interner Kritiker einiges für sich haben, so überwiegt auf alle Fälle das Positive: Auch hier hat zu gelten, dass der Weg wichtiger ist als das Ziel. Ich denke da an die beispielhafte Arbeit der Bankeninitiative-Kommission unter dem Vorsitz von *H. R. Strahm*. Endlich ist es einer Kommission gelungen, innert kürzerer Zeit in einer äusserst schwierigen Materie wertvolle Grundlagenarbeit zu leisten mit dem Ergebnis, dass ein umfassendes Konzept vorgelegt wurde. Es ist das Verdienst des Kommissionspräsidenten Strahm, dieses Ergebnis auch journalistisch verwertet zu haben, so dass es auf leichtverständliche Weise der Mitgliedschaft vermittelt werden konnte. Das ist in unserer Partei keineswegs selbstverständlich. Die SPS ist zwar nach dem Vorbild der SPD immer mehr zu einer Partei der Kommissionen und Arbeitsgruppen geworden. Im Gegensatz zur SPD und SPÖ werden aber bei uns häufig genug die Ergebnisse von Kommissionsarbeiten zu wenig verwertet. Vor allem fehlt es jeweils an der Popularisierung dessen, was an Gedankengut erarbeitet wurde. Eine rühmliche Ausnahme machten früher die Nationalrätin *Lilian Uchtenhagen* und *Elisabeth Michel-Alder*, die am Parteitag in Montreux über ihre Kommissionsarbeit referierten und im «Profil» darüber orientierten. Ich habe die entsprechende Kritik schon vor Jahren vorgetragen.² Was lange währte, wurde uns nun plötzlich in reichem Masse zuteil: Nebst dem von H. R. Strahm erläuterten Konzept Bankeninitiative sei auch das Ergebnis der von der Energiekommission geleisteten Arbeit erwähnt.

Gerade die SPS als Volkspartei muss auf eine weitgehende Information der Mitglieder besonderes Gewicht legen. Als sich die Sozialdemokratie noch als Klassenpartei verstand, hatte es der Politiker einfacher: Er konnte sich in die vermeintliche Sicherheit des Dogmatismus flüchten und sich darauf verlassen, dass die Entwicklung Richtung Endzustand ohnehin ihren Lauf nehme. Träume brauchen keine realen Grundlagen. Heute aber, da die SPS das geschlossene Gesellschaftsbild aufgegeben hat und die Sozialdemokratie als dauernde Aufgabe zu verstehen hat, muss sie sich mit allen geistigen Richtungen und politischen Strömungen in unserer Gesellschaft auseinandersetzen. Um so mehr ist das Parteimitglied auf die Vermittlung von mehr Allgemeinwissen und Allgemeinbildung angewiesen. Und dies muss in allgemeinverständlicher Sprache geschehen. Die SPS als Reformpartei kommt daher nicht darum herum, wenn nötig auch im eigenen Haus zu reformieren. Dazu gehört gerade das Bildungswesen. Chefredaktor *Peter Stöcklin* hat in einem Kommentar zum Parteitag («Parteitag der Mobilisierung») zutreffend festgestellt: «In diesem Sinne ist die Bankeninitiative ein Bildungsauftrag an die Partei . . . Die Bankeninitiative kommt ihrem Ziel um so näher, je seltener das Argument zu

² vgl. «Profil» 3/69 (Richard Lienhard: «Hemmungsorgan Kommissionspräsident»)

hören ist: Dieser Initiativtext ist ja viel zu kompliziert. Am Parteitag tönte es noch recht oft so – es bleibt also allerhand Arbeit zu tun.»

Auch inhaltlich hat die Bankeninitiative-Kommission unter dem Vorsitz von H. R. Strahm Massarbeit geleistet. Sie erklärte der Verstaatlichungs-idee eine deutliche Absage mit der überzeugenden Begründung, die Staatsübernahme bedeutete nur die Ersetzung des privaten Machtkomplexes durch einen staatlichen Machtapparat. In Ergänzung möchte ich hier beifügen, dass eine Vergesellschaftung der Banken auch gar nicht nötig ist, weil das Instrumentarium einer modernen Wirtschaftspolitik Keynescher Prägung zuverlässigere Möglichkeiten in die Hand gibt, den privaten Wirtschaftstreibenden und damit auch den Vertretern der Banken eine mit dem Gemeinwohl verträgliche Marschroute aufzuzwingen. Erfreulicherweise ist auch festzuhalten, dass H. R. Strahm nicht der Versuchung erlag, mit einem pseudoradikalen Feuerwerk Hoffnungen zu wecken, die ohnehin nicht erfüllt werden können. Er bekennt sich dazu, dass es hier um ein Stück «Reformismus» gehe. Eine andere Auffassung wäre auf dem Boden einer Volkspartei – die nichts anderes sein kann als eine Reformpartei – auch nicht vertretbar. Theorie und Praxis haben hier die gewünschte Übereinstimmung gefunden.

Zustimmung zur Atominitiative – Emotionen statt Vernunft

Um so unerfreulicher ist das Ergebnis der am Parteitag geführten Diskussion um das Energiekonzept. Der Entscheid der Delegierten, die Atominitiative zu unterstützen und sogar die bereits fertiggestellte Anlage von Gösgen dem vorgeschlagenen Moratorium zu unterstellen, lässt sich in einem einzigen Satz kommentieren: Da hat wieder einmal das Emotionale über das Rationale gesiegt. Wer am Parteikongress teilnahm, war rasch genug im Bild über die Zusammensetzung der Delegierten. Es wiederholte sich, was bereits am Parteitag in Montreux zutage trat: Es waren vor allem die Engagierten (das heisst diejenigen, welche es «dem Genossen Ritschard zeigen wollten»), die sich mehrheitlich als Delegierte meldeten (indem sie sich gegenseitig als Delegierte vorschlugen). Nichts gegen Engagierte in der Politik. Und schon gar keine Entschuldigung der Abwesenden. Aber das ändert nichts daran, dass der Parteitag wieder einmal nicht repräsentativ zusammengesetzt war. Der Entscheid des Volkes wird diese Tatsache früh genug erhärten. Weil die Auseinandersetzung um die Kernenergie zur Glaubenssache geworden ist, setzte sich die Mehrzahl der Delegierten aus Gläubigen zusammen. Gläubige sind in der Regel Vernunftgründen unzugänglich. Was nützten da die beschwörenden Ausführungen von Bundespräsident *Ritschard*, der sicherlich nicht im Verdacht steht, die Zusammenhänge mit den Problemen des Umweltschutzes zu verkennen. Erinnerung sei auch an das überzeugende Votum von Nationalrat *Reiniger*, der als Präsident der vorberatenden Kommission einen beachtenswerten Beitrag zum Atomgesetz geleistet hat. Erwähnt sei aber auch die sachverständige

Stellungnahme des der SP angehörenden Direktors des Eidgenössischen Amtes für Energiewirtschaft. Aber die rationalen Überlegungen dieser in der Sache wirklich kompetenten Wortführer wurden von den «Gläubigen» einfach nicht zur Kenntnis genommen, geschweige denn zum Gegenstand eines Meinungsbildungsprozesses gemacht.

Der unbedachte Entscheid könnte sich bald genug als Bumerang gegen unsere Partei auswirken. Willy Ritschard hat überzeugend dargetan, dass es bei der zunehmenden Verknappung von Erdöl zurzeit keine Alternative zum Atomstrom gebe und dass man auch hierzulande wenigstens vorübergehend auf diese Energie angewiesen sei. Wie aber, wenn dereinst durch Schwierigkeiten in der Energieversorgung unsere Wirtschaft hart betroffen würde? Ich habe immer geglaubt, die Vollbeschäftigung sei eine der vordringlichsten Forderungen der Sozialdemokratie. Wenn Zukunftsindustrien einen grossen Energieeinsatz erfordern, werden wir sie dann ablehnen, weil die Stromversorgung nicht gesichert ist? Die gleichen Leute, die gestern noch gegen jede Vernunft ihren Emotionen folgten, werden morgen die ersten sein, die sich über die mangelnde Voraussicht der Behörden beklagen würden, sollten sich dereinst wegen Energiemangels Schwierigkeiten der Arbeitsbeschaffung ergeben. Nur ein kleiner Teil der heute noch Engagierten wird möglicherweise zur verspäteten Einsicht gelangen: «Das haben wir nicht gewollt.»

Die Forderung nach einem Nullwachstum des Energieverbrauches ist aber auch gegenüber dem privaten Bezüger elektrischen Stromes wirklichkeitsfremd. Selbst in der Schweiz haben noch viele Haushalte nicht das Mass des energieabhängigen Komforts erreicht, das man beim derzeitigen Stand der technischen Möglichkeiten als ausreichend betrachten kann.

Kurzum: Der Entscheid gegen jede vernünftige Planung auf dem Gebiete der Kernenergie lässt sich auf dem Boden einer Volkspartei schwerlich vertreten. Die «Tabula-rasa-Politik», der sich eine Mehrheit der Delegierten verschrieben hatte, und die Forderung, wie sie zum Beispiel die «Leser-Zeitung» unter dem Titel «Beznau und Mühleberg stilllegen!» erhoben hat, sind typischer Ausdruck einer Klassenpartei politik.

Keine Hintertüre für eine Volkspartei

Die zahlreichen Delegierten, die offenbar zum Teil programmatisch am Rande der SPS stehen, sollten sich bewusst sein, dass die Besinnung auf das Rationale in der Politik stets die Stärke der Sozialdemokratie war. Man kann sich nicht immer auf die Errungenschaften des wissenschaftlichen Sozialismus berufen und bei passender Gelegenheit rein emotional gesteuerten Anträgen zustimmen. Man kann sich auch nicht zu einer Volkspartei bekennen, ohne die Eierschalen einer Klassenpartei abgestreift zu haben. Es gibt keine sozialdemokratische Politik mit Pille: Es geht nicht an, die Vorteile einer Volkspartei zu geniessen (Besetzung von mehr oder weniger gut gepolsterten Sitzen), ohne auch die Konsequenzen zu

tragen. Es ist auf dem Boden der Sozialdemokratie ein Widerspruch: einerseits im demokratischen Staat tätig sein zu wollen, aber nicht *für* diesen Staat. So ist es auch nicht möglich, an der Verwaltung unseres Staates teilnehmen zu wollen, um sich bei jeder Gelegenheit wieder in eine Aussen-seiterposition zu begeben. Auf dem Weg zur Sozialdemokratie darf es keine Hintertüren geben.

Dem harten Kern der AKW-Gegner, der mit Marx, Mao und Marcuse ins Bett geht, sei gesagt, dass gerade in den kommunistisch orientierten Ländern keinerlei Hemmung besteht, Atomkraftwerke zu bauen, wie denn auch dort keinerlei Opposition dagegen geduldet würde. Zur Begründung wird dort darauf hingewiesen, es seien im Sinne von Karl Marx die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, und zudem gehe es darum, den Stand der westlichen Wirtschaft einzuholen. Die marxistisch orientierten Kernkraftwerkgegner pflegen heute demgegenüber zu antworten, diese kommunistische Wirtschaftspolitik sei nicht vorbildlich, sondern vielmehr reaktionär. Vor dem Tische hiess es jeweils anders. Wer sich noch vor Jahren eine solche Kritik erlaubte, der wurde prompt als sturer Antikommunist titulierte.

Solche Widersprüchlichkeiten sind auf dem Boden einer Volkspartei mehr als ein Schönheitsfehler. Wer gar aus der Not eine Tugend machen möchte und für eine «doppelte Legalität» als Hintertüre für die SP plädiert, der muss sich bewusst sein, dass sich diese Politik eines Tages *gegen* die Sozialdemokratie selbst wenden wird. Eine Partei, die den moralischen Anspruch erhebt, für eine bessere Ordnung zu kämpfen, kann auf die Dauer nicht mit einer Doppelmoral leben. Entweder ist der demokratische Sozialismus ethisch, oder er wird nicht sein.